

Roche und Novartis reagieren auf Zoll-Drohung

Elisabeth Baume-Schneider und Guy Parmelin wollen sich zu einem Krisengipfel mit der Spitze der Pharmariesen treffen.

Nico Conzett, Watson

Donald Trump unterwirft die Weltwirtschaft mit seinen Zöllen massivem politischem Druck. Dass das mittelfristig aufgeht, ist nach Ansicht vieler Experten fraglich – doch kurzfristig kann der US-Präsident durchaus Erfolge verbuchen. So haben viele Konzerne bereits angekündigt, mehr in die USA zu investieren und gar die Produktion ihrer Waren nach Übersee zu verlagern – so auch die Schweizer Pharmariesen Roche und Novartis.

Wie die NZZ berichtet, plant Roche, in den USA künftig zum Nettoexporteur zu werden. Das heisst, die Basler Firma will mehr Medikamente in den USA produzieren, als das Land selbst überhaupt braucht – der Überschuss soll künftig von dort aus exportiert werden. Mit der US-Tochter Genentech verfügt Roche bereits über eine umfassende und funktionierende Infrastruktur in den Staaten. Mit Investitionen von über 50 Milliarden Franken will die Schwei-

zer Firma die US-Produktion künftig «signifikant erhöhen».

In eine ähnliche Richtung geht Novartis. Der ebenfalls in Basel beheimatete Konzern will künftig «100 Prozent der wichtigsten Medikamente» ebenfalls in den USA produzieren und damit den Export aus anderen Ländern – allen voran aus der Schweiz – in die Vereinigten Staaten praktisch auf den Nullpunkt absenken.

Politik und Wirtschaft haben Interessenkonflikte

Diese Massnahmen werden – sofern sie wie angekündigt umgesetzt werden – das von Trump monierte Handelsbilanzdefizit mit der Schweiz massiv verkleinern, weil der US-Export von Medikamenten einen beträchtlichen Teil der Schweizer Ausfuhren ausmacht. Doch ebenso wahrscheinlich ist, dass die Verlagerung die Schweizer Wirtschaft unter Druck setzt.

Roche und Novartis bekräftigen gegenüber der NZZ zwar, dass die US-Verschiebung keine grossen Folgen für den Standort

Schweiz haben werde. Etwa 10'000 Personen sind hierzulande allerdings in der Medikamentenproduktion beschäftigt. Die EU und andere Teile der Welt sollen zwar weiterhin mit in der Schweiz produzierten Medikamenten beliefert werden, doch die Rechnung ist einfach: Wird anderswo mehr produziert, braucht es weniger Kapazitäten in der Schweiz.

Andere Bereiche wie Forschung und Entwicklung (etwa 11'000 Angestellte) sowie die

Verwaltungs- und Marketingarbeit der Konzerne (30'000 Angestellte) sollen laut den Firmen in der Schweiz erhalten bleiben.

Die Schweizer Regierung ist sich der Bedeutung der Pharmakonzerne für die hiesige Wirtschaft und der angespannten Lage bewusst. Wie der «SonnagsBlick» schreibt, wollen sich Gesundheitsministerin Elisabeth Baume-Schneider und Wirtschaftsminister Guy Parmelin nach den Sommerferien

zu einem Krisengipfel mit den Bossen von Roche und Novartis treffen. Doch auch hierzulande gibt es Interessenkonflikte zwischen Politik und Wirtschaft. Während der Bundesrat verhindern will, dass die Schweizer Gesundheitskosten (und damit die Krankenkassenprämien) noch weiter steigen, haben die Pharmakonzerne eine andere Perspektive. Um Forschung und Entwicklung und die wirtschaftlichen Risiken zu finanzieren, fordern sie seit langem «ange-

messenere» (=höhere) Medikamentenpreise.

Ob die Rechnung für die Pharma-Multis aufgeht, ist aber ebenso fraglich wie jene von Donald Trumps Zollpolitik. Kurzfristig vermögen die Firmen mit ihrer US-Produktionsverlagerung zwar die von Trump angedrohten wahnwitzig klingenden 250-Prozent-Zölle auf Pharmaprodukte zu umgehen (aktuell ist die Branche noch ausgenommen), doch in den Staaten droht weiteres Ungemach: Trump hat klargemacht, dass die Medikamentenpreise in den USA massiv sinken sollen – also das Gegenteil dessen, was die Pharmafirmen gerne in der Schweiz hätten.

Trump droht, wie bei den Zöllen, auch bei den Medikamentenpreisen mit radikalen Massnahmen, die Preise sollen auf das Niveau anderer Industrieländer und teils darunter abstürzen. Sollten die Firmen mittels politischer Einflussnahme dazu verdonnert werden, die Preise derart zu senken, hätte das unweigerlich wirtschaftliche Folgen für diese.

Baume-Schneider gegen «Bluffen»

Aus dem Bundesrat haben sich bislang nur Finanzministerin Karin Keller-Sutter und Wirtschaftsminister Guy Parmelin zum Zoll-Fiasko mit den USA geäussert. Am Wochenende sprach nun erstmals auch Gesundheitsministerin Elisabeth Baume-Schneider darüber. Die Pharmabranche steht im Zentrum des Zollstreits, da

US-Präsident Trump ultimativ tiefere Medikamentenpreise von Novartis und Roche fordert – ansonsten droht er mit Pharmazöllen von bis zu 250 Prozent.

«Der Bundesrat versucht, Lösungen zu finden», sagte Baume-Schneider am Rande des Filmfestivals Locarno, wo sie an einem Anlass des Ver-

bands Schweizer Medien auftrat. Von TeleZüri-Chefredaktor Oliver Steffen nach der richtigen Strategie gefragt, antwortete Baume-Schneider: «Jetzt auch zu bluffen, um den US-Präsidenten zu beeindrucken, passt nicht wirklich zur Schweiz.» Man müsse ehrlich und gestützt auf die bewährten Werte mit den USA verhandeln. (pmü)